

McNamara bekommt Anschauungsunterricht

Autor(en): **McNamara, Robert / Cairncross, Frances**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **65 (1971)**

Heft 10

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-141936>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

McNamara bekommt Anschauungsunterricht

Robert McNamara war früher bekanntlich USA-Kriegsminister und ist heute Weltbank-Direktor. Er ist es, der seinem Komitee vorschlägt, welchen unterentwickelten Völkern Anleihen gewährt werden sollen. Mr. McNamara gab kürzlich Frances Cairncross ein Interview, das in großer Aufmachung im Londoner «Observer» erschien (3. Oktober 1971).

Die Journalistin kam unter anderem auf seine Eindrücke von den unterentwickelten Gebieten zu sprechen und eine ihrer Fragen lautete: «Als Sie zum Präsidenten der Weltbank gewählt wurden, hatten Sie, wie ich glaube, sehr wenig von den unterentwickelten Gebieten kennen gelernt. Was überraschte Sie am meisten in diesen Ländern?»

Was mich am meisten überrascht hat, nachdem ich mehr als dreißig dieser Länder besucht habe, ist die Wucht ihrer Probleme und der Umfang ihrer Not. Da hört man von einer Einkommensziffer von, sagen wir, 100 Dollar pro Person und Jahr. Das sagt einem nicht viel an sich, bis man der Sache etwas nachgeht und herausfindet, daß das Einkommen unmöglich verteilt ist, so daß vielleicht 40 Prozent der Einwohner des betreffenden Landes auf nicht mehr als 40 Dollar statt 100 pro Jahr kommen, was heißt, daß sie weder an Kalorien noch an Eiweißstoffen ein absolut nötiges Minimum erhalten.

Die Folge davon ist hohe Sterblichkeit und Verhinderung einer günstigen körperlichen Entwicklung. Daraus resultiert eine ungenügende Entfaltung der Intelligenz- und Körperkräfte. Zwangsläufig ergibt sich daraus ein sehr hoher Prozentsatz von Analphabetentum, so daß etwa 800 Millionen in diesen unterentwickelten Gebieten weder lesen noch schreiben können. Ein hoher Grad von Arbeitslosigkeit hängt ebenfalls damit zusammen, so daß man sagen kann, daß 20 bis 25 Prozent der Leute keinen Verdienst haben. Wenn man die Dinge unter diesem Gesichtswinkel sieht, so wird man der ungeheuren menschlichen Not gewahr. Sie haben sich mir unauslöschlich eingeprägt.

F r a g e: Sie war Ihnen vorher nicht zum Bewußtsein gekommen?

A n t w o r t: Nein, wenigstens war mir nicht bewußt gewesen, was diese Verhältnisse für die Menschen bedeuten und ich glaube nicht, daß die Mehrheit der Leute in den entwickelten Ländern sich vorstellen, was diese Verhältnisse an menschlicher Not enthalten. Und bis sie das einsehen, glaube ich nicht, daß die Entwicklungshilfe so umfangreich werden wird, wie sie sein muß.

F r a g e: Glauben Sie, daß einige der armen Länder nicht «entwickelt» werden möchten, wenn das bedeutet, daß sie werden wie die Bewohner der reichen Länder?

A n t w o r t: Vielleicht gibt es Leute, die die Dinge so sehen. Aber nehmen wir den Fall von Aethiopien, wo nur 13 Prozent der Kinder zwischen 6 und 12 Jahren Unterricht bekommen. Ich habe nicht den Eindruck, daß sie Angst haben, sie könnten all die unerwünschten Eigenschaften der reichen Völker des Westens übernehmen. Es liegt ihnen viel mehr daran, die schwere Bürde des Analphabetentums los zu werden. Oder sehen Sie sich Indien an. 40 Prozent der Bevölkerung besitzen nicht das Existenzminimum. Ungezählte Millionen bekommen nicht genug zu essen für ihre körperliche Entwicklung. Sie werden sich kaum Sorgen machen über die Nachteile des Wohlfahrtsstaates oder die Gefahren des Überflusses.

Die Regierung von Peru über ihre Außenpolitik

Während seines Aufenthaltes in Genf, Ende September, sprach der Außenminister von Peru, General Mercado Jarrin, an einer Pressekonferenz im Palais des Nations über verschiedene Aspekte der peruvianischen Politik.

Er ist der Auffassung, daß die «Entwicklung» eines Landes mehr bedeutet als die Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung, sie soll auch der wirtschaftlichen Unterwerfung ein Ende machen und die nationale Unabhängigkeit stärken.

Wenn man, die Unterentwicklung bekämpfend, die wirtschaftliche und soziale Ordnung reformieren will, so muß diese Umstellung durch eine internationale und wirksame Zusammenarbeit ergänzt werden. Minister Mercado sprach schon früher in diesem Sinne vor einer Spezialkommission für die Koordination Lateinamerikas. (Vinadel, März/April 1969). Er vertrat dort die Auffassung, daß diese Zusammenarbeit keinerlei Einflußnahme auf die inneren oder äußeren Angelegenheiten eines Mitgliedstaates erlaube. Sie soll nur den Nutzen des unterstützten Staates im Auge haben und niemals als Druckmittel eingesetzt werden, um irgend einen Vorteil zu erlangen.

An der selben Konferenz stellte Minister Mercado auch als Prinzip die dauernde Souveränität der wirtschaftlichen Hilfsquellen eines Landes zur Diskussion. Die Entwicklung ist ja tatsächlich an den uneingeschränkten Gebrauch und die freie Verfügbarkeit dieser Hilfsquellen gebunden, gleich wie die gesetzlichen Formen, welche den Schutz der nationalen und internationalen Rechte garantieren.